

Tarifrunden 2008: Ende der Bescheidenheit ist angesagt

Das Ende der Bescheidenheit steht ganz oben auf der Agenda der Gewerkschaften für das Jahr 2008. Die jahrelang erfolgreiche Drohung, im Falle »zu hoher« Lohnabschlüsse Arbeitsplätze zu vernichten, verfängt angesichts voller Auftragsbücher in vielen Branchen und allmählich voller werdender öffentlicher Kassen immer weniger. Insgesamt ist die Meinung vorherrschend, dass der aktuelle Aufschwung an den abhängig Beschäftigten vorbeigeht. Die Mehrheit der Beschäftigten ist der Meinung, dass die Einkommen in Deutschland zu niedrig sind.

Diese Stimmung hat sich in den diesjährigen Lohnforderungen niedergeschlagen, die allesamt deutlich höher sind wie die der Vorjahre und mehrheitlich bei 8 Prozent liegen. Der erfolgreiche GDL-Streik mit einem Abschluss von 11 Prozent hat die Forderungen ebenso in die Höhe getrieben. In der Tarifrunde 2008 muss es gelingen, den jahrelangen Abwärtstrend in der Lohnentwicklung in einen Aufwärtstrend umzuwandeln.

Im Mittelpunkt steht der Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst

Im Mittelpunkt steht dabei der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Die dort Beschäftigten haben in den letzten Jahren besonders große Reallohneinbußen hinnehmen müssen und wurden von der Lohnentwicklung regelrecht abgekoppelt. Der Nachholbedarf ist hier also besonders groß, ebenso die Erwartungen der rund 2,1 Millionen Beschäftigten bei Bund, Kommunen und deren Eigenbetrieben. Acht Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr fordern die Tarifkommissionen von ver.di und Beamtenbund (dbb), die die Verhandlungen erstmals gemeinsam führen. In regionalen Gliederungen der Dienstleistungsgewerkschaft waren zum Teil noch deutlich höhere Forderungen erhoben worden.

Ein Selbstläufer wird diese Tarifrunde allerdings nicht. Denn ver.di ist längst nicht mehr so gut aufgestellt wie ihre Vorgängerorganisation ÖTV in früheren zyklischen Aufschwungphasen. Daran ist sie nicht ganz unschuldig. Jahrelang hat ver.di der Ausgliederung oder gar Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Müllabfuhr und Nahverkehr in vielen Kommunen weitgehend tatenlos zugeschaut. Während in den 70er Jahren ein paar Tage flächendeckender Streiks in diesen Kernbereichen der Infrastruktur die Dienstherrn zu großen Zugeständnissen

zwangen, herrscht für viele dieser Beschäftigten jetzt Friedenspflicht, da sie keine öffentlich Bediensteten mehr sind. Dennoch hat ver.di noch genügend Trümpfe in der Hand, um einen guten Abschluss hinzubekommen. Zudem dürfte die jüngste üppige Erhöhung der Bezüge der Bundestagsabgeordneten und die öffentliche Debatte um die konsequente Selbstbereicherung vieler Topmanager dazu beitragen, dass ein möglicher Arbeitskampf – wie schon zuvor bei den Lokführern – auf große Sympathie bei der Bevölkerung stoßen wird. **Die Chancen für einen kräftigen Schluck aus der Lohnpulle sind jedenfalls so gut wie lange nicht mehr, und das nicht nur im öffentlichen Dienst.**

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden hierbei auf eine breite politische Unterstützung nicht nur der Gewerkschaften angewiesen sein und es gilt, diese rechtzeitig zu organisieren, zum Beispiel über **Soli-Streik-Komitees**. Denn eine Erfahrung aus dem Streik 2006 ist, dass die Berichterstattung in den Medien selten zugunsten der Streikenden ausfällt und deshalb eine gewerkschaftliche Gegenberichterstattung über Leserbriefe, Flugblattaktionen, gewerkschaftliche Betriebszeitungen u. a. konsequent organisiert werden muss, sonst kann eine Stimmung in der Bevölkerung für die Streikenden sehr schnell umkippen.

Streikbewegung im Einzelhandel

Im Einzelhandel tobt ein bisher in dieser Branche beispielloser und existenzieller Tarifkampf. Seit über einem Jahr haben die Arbeitgeber den Manteltarifvertrag gekündigt. Sie wollen alle Zuschläge für Spätöffnungs-, Nacht-, Wochenend- und Mehrarbeit streichen. Jede/r VerkäuferIn würden durchschnittlich 140 Euro aus der Tasche gezogen. Die Konzerne wollen damit nicht nur Kosten einsparen, sondern die Rund-um-die-Uhr-Öffnung der Geschäfte verbilligen. Seit Sommer letzten Jahres gibt es eine noch nie da gewesene Streikbewegung. Über 150.000 Beschäftigte haben zwischenzeitlich immer wieder die Arbeit nieder gelegt.



Auch im Dezember setzte sich die Streikbewegung im Einzelhandel fort. Mehrere Tausend Beschäftigte beteiligten sich an den Aktionen. Schwerpunkt waren die

Bundesländer Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Es gab Aktionstage für ganze Vertriebslinien, wie die Warenhäuser am 7.12.07, oder für ganze Unternehmen wie **real** am 14.12., aber auch Streiktage bezogen auf einzelne Städte. Oft gab es eine sehr starke Beteiligung, was die Empörung über die sture Haltung der Unternehmer zum Ausdruck brachte. Selbst der 24.12. war nicht mehr heilig: in vielen **Schlecker**-Filialen blieben am diesen Tag die Türen verschlossen. Die erfolgreichsten Streiks liefen allerdings bei **Rewe** in Norddeutschland. Dort gelang es über fast 2 Wochen die Auslieferungslager zu bestreiken. Rewe musste klein beigeben, wenn sie es nicht auf die Schließung ihrer Filialen ankommen lassen wollten. Obwohl der Vorstandsvorsitzende Präsident des Einzelhandelsverbandes ist, sahen sie sich gezwungen, ihren Beschäftigten entgegenzukommen. Der Vorstand gab Anfang Dezember bekannt, dass er den Beschäftigten folgende Einkommensverbesserungen bezahlt:

- pro Monat seit Ablauf der Tarifverträge 50 Euro Einmalzahlung (für NRW 400 Euro)
- ab Januar 2008 3 % mehr
- ab 2009 Erhöhung der tariflichen Sonderzahlung von 62,5 auf 75 %

Zu dem leidigen Thema der Spätöffnungszuschläge erklärte man, dass diese in der Höhe erhalten bleiben sollen, allerdings an Samstagen erst ab 18.30 Uhr statt ab 14.30 Uhr gültig sein sollen. Daraufhin nahm ver.di Rewe aus den Streiks heraus, und erklärte über dieses "Angebot" des Vorstandes einen Übergangstarifvertrag zu verhandeln. Erklärtes Ziel ist eine bessere Erhöhung

der Einkommen zu erreichen und die Kürzung der Samstagszuschläge zu verhindern.

Gleichzeitig wurde der Einzelhandelsverband aufgefordert, auf der Grundlage des Rewe Angebotes in neue Verhandlungen einzutreten. Darauf eine Antwort zu finden, fällt den Unternehmern offensichtlich sehr schwer. Bis jetzt (18.1.) dauern ihre Beratungen an. Das Beispiel Rewe scheint die Einschätzung zu bestätigen, dass es wohl ohne Erzwingungsstreiks keine Einigung geben würde. Leider ist ver.di nur in wenigen Betrieben zu einem ähnlichen Vorgehen in der Lage. Trotzdem wird es erforderlich sein, sich über eine neue Arbeitskampf-Strategie Gedanken zu machen. Erst einmal wird allerdings auf die Vernunft der Unternehmer gesetzt. Ver.di hat ihnen angeboten, bis Mitte Februar in NRW zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Bis dahin soll allerdings in anderen Bundesländern versucht werden, einen kämpferischen Abschluss zu bekommen. Es gibt keinen Pilotbezirk mehr, den alle anderen unterstützen. Die Unternehmer gehen mit ihrer Haltung ein größeres Risiko ein: die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes steht bevor. Dort hat ver.di 8%, mindestens 200 Euro gefordert.

Sollten die Unternehmer weiter so stur bleiben, werden die Stimmen lauter werden, die auch im Einzelhandel höhere Forderungen befürworten. Und wenn dann beide Tarifrunden zusammen laufen, kommt auch für den Einzelhandel mehr Dynamik rein. Dann könnte auch bei ver.di endlich einmal zusammen gekämpft werden.

Helmut Born, Mitglied LBV Ver.di NRW, ver.di Linke

Streikaktionen Einzelhandel Stuttgart: Menschenkette und Flash Mob

Am 2. Februar begannen die Streikaktionen im Einzelhandel in Stuttgart gegen 12.00 Uhr mit einer Menschenkette. Über 1000 Menschen waren durch rote und weiße Bänder entlang der gesamten 1,3 km langen Königstraße vom Bahnhof bis zu dem neuen Streikbetrieb „Zara“ miteinander verbunden – GewerkschafterInnen vom Einzelhandel, vom Öffentlichen Dienst, aus der Metallbranche..., junge AktivistInnen aus den Sozial- und antifaschistischen Bewegungen und viele andere.

Die anschließende Kundgebung auf dem Schlossplatz war geprägt von der neuen Streikkultur der vorwiegend jungen Belegschaften der Einzelhandelsbetriebe: kreativ, fetzig, kämpferisch, phantasievoll, lebenslustig, voll Schwung und Elan – mit selbst gedichteten Streikliedern, Sprechchören, umgedichteten Songs

Gemeinsam zogen wir zum bestreikten Kaufhof – dort gab es dann 2 Aktionen: eine vor dem Kaufhof – laut und bunt – wie die Kundgebung, um die KundInnen am reingehen zu hindern. Und im Kaufhof fanden mehrere Flash Mob-Aktionen mit fast 100 Streikunterstützern statt. Die Schuhabteilung war danach nur noch Chaos, kaum begehbar, und es wird sicher noch lange dauern, bis alle passenden Schuhmodelle und Schuhgrößen wieder richtig sortiert sind. VerkäuferInnen wurden von den Flashmobbern voll beschäftigt, so dass „echte“ KundInnen keine Chance hatten. An den Kassen gab es meterlange Schlangen – die Geldscheine waren groß, die Gespräche lang, die Sucherei nach dem Geldbeutel dauerte, die Umtauschrate war extrem hoch – schließlich wollten wir doch keine „Weltmeisterhüte“ mit nach Hause nehmen. In der Mantelabteilung waren die Lederjacken (so ab 300 Euro aufwärts) die Begehrtesten, alle wollten sie anprobieren – und nicht nur eine. Ein Dutzend mussten es schon mindestens sein. Die Sicherheitsüberwachung piepte unüberhörbar durch die gesamte Abteilung. Die Umkleidekabinen in der Hemdenabteilung waren auch blockiert, schließlich mussten die sauber mit Nadeln zusammengesteckten Hemden sorgsam entnadeln und auseinandergefaltet werden und in den Kabinen kunstvoll angeordnet werden. Das dauert und die Schlangen wurden auch dort immer länger. Das Personal wurde in diesen Abteilungen zusammengezogen, so dass in den anderen Abteilungen jede/r sich frei entfalten und seiner Kreativität freien Lauf lassen konnte.

Der krönende Abschluss war dann ein gemeinsam verabredeter Abgang über die Rolltreppen – begleitet von einem gellenden Trillerpfeifenkonzert (die verdi-Pfeifen haben dafür einfach die richtige Tonlage). Der Kaufhof dröhnte von oben bis unten. Der Empfang der FlashmobberInnen am Ausgang durch den Beifall der Streikenden machte deutlich, dass dies eine erfolgreiche Streikunterstützungsaktion war. Alle waren von der Aktion begeistert, sie hat viel Spaß gemacht und wird die nächsten Wochen sicher öfter wiederholt werden.



Tarifrunde GEW: Auf einem Bein lässt sich schlecht stehen!

Neben der Lohnforderung muss auch das Forderungspaket zur Nachbesserung des TVöD vernehmbar erhoben werden!

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist eröffnet und dass sich gleich 3 DGB Gewerkschaften (Verdi, GEW und GdP) dieselbe Lohnforderungen 8%, mindestens 200 Euro, zum Ziel gesetzt haben, könnte ein gutes Omen sein.

Dennoch muss klar gesagt werden: diese Lohnforderung als Zielmarke für die Tarifrunde 2008 auszugeben, reicht nicht aus! Denn mit dieser Forderung zur Lohn/Gehaltserhöhung werden unsere Löhne und Gehälter nur von einer Seite gesichert. Die erhobene Lohnforderung wirkt nämlich nur Lohnneinbußen entgegen, wie sie durch Preissteigerungen, Nullrunden, Mehrwertsteuererhöhung, Arbeitszeitverlängerung, (um nur das Wichtigste zu nennen) hervorgerufen wurden.

Es gibt aber noch andere, gewaltige Angriffe auf unsere Löhne und Gehälter. Sie werden durch Bestimmungen des neuen TVöD bewirkt, mit dem die Öffentlichen Arbeitgeber ganz systematisch das Einkommensniveau bereits bei Neueingestellten absenken.

Weil wichtige Punkte des TVöD noch nicht abschließend verhandelt sind (z.B. das Eingruppierungsrecht) oder schlicht und einfach Verschlechterungen gegenüber dem alten BAT bedeuten, würde er in der vorliegenden Form Gehaltseinbußen von durchschnittlich 16% für alle Beschäftigten bedeuten (in Einzelfällen sogar viel mehr!). Betroffen sind alle Entgeltgruppen, die dem TVöD zugeordnet sind: Pfleger/in, Erzieher/in, Sozialpädagogen/in, Lehrer/in, Angestellte im Polizeidienst, und sonstige Angestellte der Kommune.

Während der Vorbereitung der Tarifrunde wurde deshalb von den GEW-Tarif-Experten hervorgehoben, dass in der Tarifrunde 2008 dringend Nachbesserungen beim TVöD zur Forderung erhoben und durchgesetzt werden müssen.

Andernfalls würden die Gehälter der Beschäftigten immer weiter in den Strudel der Einkommensverluste gerissen.

Die wichtigsten Forderungen zur Nachbesserung müssen daher lauten:

- **ein Eingruppierungsrecht, das bisherige Einstiegsgehälter sichert oder neu festlegt**
- **die Reaktivierung der Bewährungsaufstiege und Zulagen**
- **Rückführung des Leistungsentgelts in Lohnbestandteile**
- **Anrechnung der Berufserfahrungszeiten**
- **Abschaffung der Stufe I der Tabellenlöhne/ Ausbildungsvergütung**

Diese und weitere Nachbesserungen werden von den Beschäftigten, soweit sie über die Lohnsenkungs-Mechanismen des neuen TVöD im Bilde sind, als sehr dringend angesehen!

Darüber aufzuklären ist gleichbedeutend damit, wie viel Beschäftigte wir für Aktionen und Kampfmaßnahmen mobilisieren können und mit wie viel Entschlossenheit diese dafür eintreten werden!

Deshalb gehören diese Forderungen nicht nur hinter verschlossenen Türen, sondern in aller Öffentlichkeit erhoben. Denn: wer soll den nötigen Druck für erfolgreiche Verhandlungen liefern, wenn nicht die Beschäftigten?!!

Im Übrigen zeigt sich auch daran, ob Nachbesserungen zum TVöD erhoben werden oder nicht, wie ernst es unseren gewerkschaftlichen Tarifexperten ist, in dieser Lohnrunde dem Reallohnabbau entgegenzutreten!

Angelika Rapke, Vorstandsmitglied im Kreisverband der GEW Augsburg

Zur Bilanz des Lokführer-Streiks

Eine abschließende Bewertung des Tarifvertrags kann erst vorgenommen werden, wenn er wirklich vorliegt und alle Details bekannt sind. Aber es ist doch heute schon klar, dass die LokführerInnen einen wichtigen Teilerfolg erzielt haben mit ganz erheblichen politischen Auswirkungen auf andere Tarifbereiche.

Eine realistische Einschätzung des Ergebnisses muss dennoch klar in Beziehung gesetzt werden zum Anspruch (dem ursprünglichen Ziel) und zu den Möglichkeiten wie auch den Erwartungen vieler KollegInnen (auch außerhalb der GDL). Denn:

1. Hätte die Gewerkschaft Anfang Dezember zum unbefristeten Streik aufgerufen, wäre sehr viel mehr zu erreichen gewesen. Dies sagen auch die Kritiker in den Reihen der GDL, auch wenn die meisten Kollegen den Abschluss als akzeptabel bezeichnen. Die Stimmung unter den KollegInnen war voll auf Kampf eingestellt und die Öffentlichkeit stand mehrheitlich auf Seiten der Lokführer, sehr zum Verdruss von Kabinett und Kapital.

2. Die Taktik der GDL-Führung war zu lange auf die Eigenständigkeit des Tarifvertrags fixiert. Es wurde zu wenig die materielle Substanz ihrer Forderungen kommuniziert.

3. Dass der GDL-Vorstand zu sehr auf Einigung aus war, hatte zur Folge, dass man am Schluss zur Einigung gezwungen war, obwohl wesentliche Teile des Abschlusses noch gar nicht klar waren, vor allem die Frage, wen der Abschluss überhaupt betreffen soll. Das übrige Fahrpersonal ist ausgeklammert worden.

4. Die Basis war nur beschränkt an den Entscheidungen beteiligt, nämlich ausschließlich über den Weg der Gespräche mit Mitgliedern der Tarifkommission. Streikversammlungen und Kompetenzen für die Streikversammlungen standen nicht auf der Agenda des GDL-Vorstands. Eine eigenständige Organisation von unten (die auch nur im Entferntesten mit den Aktivitäten an der Basis in Frankreich vergleichbar wären) gab es nicht.

5. Dass der Vorstand so sehr auf Einigung aus war, hängt auch ganz wesentlich mit seiner Orientierung zusammen, den Kampf alleine zu führen (also nicht die anderen Gewerkschaften im DGB zur Solidarität aufzufordern) wie auch mit der Angst vor einem negativen Gerichtsbeschluss. Dabei hätte von Anfang an die Orientierung sein müssen, zum politischen Streik aufzurufen, falls der Lokführerstreik verboten werden sollte. Vor allem in dieser Frage müssen auch und

gerade die anderen Gewerkschaftsführungen sehr scharf kritisiert haben. Sie haben die GDL behindert, ja diffamiert und das Streikrecht nicht wirklich verteidigt.

6. Zum Ergebnis selbst: Die Lohnerhöhung ist natürlich überhaupt nicht 11%, sondern auf das Jahr umgerechnet weniger als 7%. Hinzu kommt die Einmalzahlung von 800 €, die aber nicht in die Tabelle eingeht. Ab Februar 2009 wird die Arbeitszeit um 1 Stunde verringert, bei vollem Lohnausgleich, was nochmals 2,4% ausmacht. Tabellenwirksam werden es also ab Februar 2009 insgesamt etwa 9% sein. Von den angestrebten Verbesserungen bei den Schichtplänen, Ruhezeiten usw. ist bisher überhaupt nichts bekannt. Es ist zu bezweifeln, dass in diesem Stadium der Verhandlungen hier noch etwas Substantielles erreicht werden kann, denn ein Druckmittel ist in der so herbei gesehnten Verhandlungslösung für die Lokführer jetzt nicht mehr gegeben.

Unter dem Strich überwiegen aber ganz deutlich die positiven Aspekte. Ihre klassenpolitische Bedeutung darf nicht unterschätzt werden:

1. Das Ergebnis hebt sich trotz der Kröten von allen anderen Ergebnissen so deutlich ab (ca. das Doppelte der anderen Abschlüsse), dass dies bei den KollegInnen in anderen Branchen haften bleibt. Dazu trägt auch bei, dass das Ergebnis mit 11% kolportiert wird.

2. Die KollegInnen in anderen Bereichen haben vorexerziert bekommen, dass Lohnabhängige auch in Deutschland kämpfen können (nicht nur in Frankreich). Mit

sehr viel Berechtigung können wir die Parole verbreiten: Nicht nur kämpfen wie in Frankreich, sondern auch kämpfen wie die Lokführer!

3. Die Lokführer haben gegen den allgemeinen Trend zum ersten Mal seit langem wieder eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt.

4. Vielleicht der wichtigste Aspekt: Die LokführerInnen haben jetzt Kampferfahrung gesammelt, sie sind stärker geworden, sie haben die wahren Absichten des Bahnvorstands kennen gelernt, sind an manchen Orten in Kontakt mit linken Kräften gekommen usw. Da der Tarifvertrag nur eine Laufzeit von (ab jetzt) 12 Monaten hat, kann es sehr wohl beim nächsten Mal wieder spannend werden, denn viele der Forderungen von diesem Mal bleiben aktuell.

5. Die Politik der linken Organisationen und der Gewerkschaftslinken muss es sein, den beschrifteten Weg grundsätzlich gegen die Kritiker der GDL zu verteidigen, die unter dem Deckmantel der Argumentation für die Einheitsgewerkschaft den Kampf nicht wollten, bzw. die Transnet-Bürokratie verteidigt haben. Die Transnet-Bürokratie ist jetzt in politische Schwierigkeiten geraten. Hier sind die Debatten noch lange nicht zu Ende.

Jakob Schäfer, Forum Gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden (Gegewi@t-online.de)

Große Unterstützung bei Gerichtsprozess gegen Angelo Lucifero

Der Gewerkschafter und Antifaschist Angelo Lucifero hatte sich am 15.3.07 am Rande einer Kundgebung des Erfurter Sozialbündnisses gegen einen Nazi-Angriff mit einer Schreckschusspistole zur Wehr gesetzt. Er war zu einem Jahr Haft mit Bewährung und 120 Tagessätzen verurteilt worden. Deswegen fand jetzt in Erfurt die Verhandlung statt. Während die Staatsanwaltschaft Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung (Knalltrauma) erhoben hat, macht die Verteidigung Notwehr geltend.

Eine bunt gemischte Gruppe von 20 Unterstützenden – GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen – hatte sich schon vor 7.00 Uhr am modernen gläsernen Gerichtsgebäude in Erfurt versammelt. Sie waren aus verschiedenen Orten angereist, aus der näheren Umgebung, aber auch aus Berlin und Hamburg. Angelo Lucifero war im Juli bei einer Veranstaltung des Jour Fixe der Gewerkschaftslinken in Hamburg. Ihre Missbilligung der Haltung von Ver.di drückten sie durch ein Transparent aus: „Die Entlassung des Kollegen Lucifero spielt den Rechten in die Hände!“. Der Vorplatz des Gerichtsgebäudes füllte sich mit immer mehr Menschen, die noch weitere Transparente trugen. Es gelang den anwesenden Rechten nicht, ins Gebäude zu kommen, allerdings auch nicht allen Unterstützenden.

Die erste Einlasskontrolle zählte offenbar nicht richtig, das hatte den Vorteil, dass, nachdem die 30 Plätze fürs Volk, in dessen Namen Recht gesprochen wird, und die 10 für JournalistInnen, besetzt waren, noch ein gutes Dutzend anderer vor der Tür warteten. Der Verantwortliche für die Ordnung im Gericht musste sich allerlei anhören, kurioserweise betonte er, dass die Wartenden ja freiwillig da seien. Nicht freiwillig hockten die rechten Zeugen vor dem Saal auf einer Stuhldreihe, eskortiert vom NPD-Funktionär Trinkaus. Auf der anderen Seite saß ein Zeuge,

der sagte, er sei neutral. Mit ihm konnten die Versammelten diskutieren.

Im Gerichtssaal stellte sich schnell heraus, dass Angelo Lucifero wegen seiner Hörschädigung der mündlichen Verhandlung nicht folgen konnte. Der verhandelnde Amtsrichter Friedrich verfügte eine Unterbrechung des Verfahrens. Lucifero muss sich einer Begutachtung unterziehen. Wann die Verhandlung fortgesetzt wird, ist offen.

Erfreulich war, dass sich die Unterstützenden zu einer Spontandemo durch die Stadt zum Anger, dem großen Platz in der Stadtmitte, aufmachten, mit Lautsprecherwagen und Transparenten. Bei der Kundgebung wurde Lucifero noch einmal als Antifaschist und Gewerkschafter gewürdigt und Kritik an Polizei und Gewerkschaft geübt. Wenn eine Gewerkschaft sich ernst nimmt, kann sie einem langjährigen Gewerkschaftssekretär nicht kündigen! Und erst recht nicht, wenn ein solcher Prozess ansteht. Die Reaktion der Rechten, die jetzt Ver.di-Mitglieder werden wollen, zeigt die Absurdität dieses Verhaltens.

Für uns aber ist wichtig, dass die Unterbrechung des Verfahrens nicht dazu führt, dass die Solidarität abflaut. Geschichtsbewusste Menschen wissen, was das Gewährenlassen der Rechten für Folgen haben kann, und sie werden sich selbst und ihre Gewerkschaften verteidigen!

Barbara Schulz, Hamburg

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/diskussion/rechten/opfer/angelo.html

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 2. Februar 2008